

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 6. Mai 2024

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Mai 2024 1
2. Zivilrecht: Ist ein gerade gekauftes Tier krank, ist nach LG Lübeck zunächst der Verkäufer zu informieren 1
3. Verfassungsrecht: BVerfG fordert stärkere Rechte für leibliche Väter 2
4. Zivilrecht: BGH zum Gewährleistungsausschlusses beim Kauf eines Oldtimers 2
5. Steuerrecht: Energiepreispauschale ist nach FG Münster steuerpflichtig 2
6. Zivilrecht: Versehentliche Stornierung? – AG München erachtet fünfmaliges "Verklicken" für lebensfremd 3
7. Sozialrecht: Nach LSG Berlin-Brandenburg darf Jobcenter Geldgeschenk für Pilger-Reise auf Bürgergeld anrechnen 3

Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Mai 2024

Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick über die gesetzlichen Neuregelungen, die ab Mai 2024 gelten: Der Mindestlohn in der Altenpflege steigt. Der Deutsche Wetterdienst plant ein Naturgefahrenportal. Ausnahmeregelungen bei Brachflächen entlasten landwirtschaftliche Betriebe. Kosmetika werden sicherer. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Ist ein gerade gekauftes Tier krank, ist nach LG Lübeck zunächst der Verkäufer zu informieren

Stellt sich nach dem Kauf eines Tieres heraus, dass es krank ist, muss man dem Verkäufer Gelegenheit geben, selbst tätig zu werden. Geht man direkt selbst zum Tierarzt, erhält man die Kosten nur ersetzt, wenn ein Notfall vorlag. Dies

hat das Landgericht Lübeck mit Urteil vom 07.03.2024 (Az.: 14 S 92/21) entschieden. ...

Quelle: Landgericht Lübeck

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: BVerfG fordert stärkere Rechte für leibliche Väter

Mit Urteil vom 09.04.2024 (Az.: 1 BvR 2017/21) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die gesetzliche Regelung über das Recht des leiblichen Vaters, die rechtliche Vaterschaft eines anderen Mannes für sein Kind anzufechten, mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, weil sie dem Elterngrundrecht leiblicher Väter nicht hinreichend Rechnung trägt. ...

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: BGH zum Gewährleistungsausschlusses beim Kauf eines Oldtimers

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 10.04.2024 (Az.: VIII ZR 161/23) entschieden, dass, wer bei einem Verkauf jegliche Gewährleistung für Sachmängel ausschließt, dennoch für eine zugleich vereinbarte Beschaffenheitszusage haftet. Streitgegenständlich war ein Fall, in dem sich der Verkäufer eines fast 40 Jahre alten Fahrzeugs auf einen vertraglich vereinbarten allgemeinen Gewährleistungsausschluss berufen wollte, mit dem Käufer aber vereinbart hatte, dass die in dem Fahrzeug befindliche Klimaanlage einwandfrei funktioniere. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Steuerrecht: Energiepreispauschale ist nach FG Münster steuerpflichtig

Die im Jahr 2022 an Arbeitnehmer ausgezahlte Energiepreispauschale gehört zu den steuerpflichtigen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. § 119 Abs. 1 Satz 1 EStG, der diese Steuerpflicht anordnet, ist auch nicht verfassungswidrig. Dies entschied das Finanzgericht Münster mit Urteil vom 17.04.2024 (Az.: 14 K

1425/23 E) in einem Musterverfahren, ließ aber wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache die Revision zum Bundesfinanzhof zu. ...

Quelle: Finanzgericht Münster

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Versehentliche Stornierung? – AG München erachtet fünfmaliges "Verklicken" für lebensfremd

Jeder „verklickt“ sich einmal im Internet. Nach einem Urteil des Amtsgerichts München vom 18.04.2024 (Az.: 275 C 20050/23) passiert dies aber wohl nicht fünf Mal hintereinander. Daher schenkte das Gericht dem Vortrag eines Mannes, eine gebuchte Reise aus Versehen storniert zu haben, keinen Glauben. Der Mann muss deshalb die Stornierungsgebühren von fast 4.000 Euro bezahlen. ...

Quelle: Amtsgericht München

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: Nach LSG Berlin-Brandenburg darf Jobcenter Geldgeschenk für Pilger-Reise auf Bürgergeld anrechnen

Eine Familie hatte von ihrer Nachbarin rund 65.000 Euro geschenkt bekommen, um eine lang ersehnte Reise nach Mekka machen zu können. Nach einem Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 24.04.2024 (Az.: L 18 AS 684/22) darf das Jobcenter dieses Geldgeschenk auf das Bürgergeld anrechnen, das die Familie bezogen hatte. Die Familie muss nun daher ihr gewährte SGB II-Leistungen in Höhe von insgesamt rund 22.600 Euro zurückzahlen. ...

Quelle: Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

[mehr](#)

[nach oben](#)
